

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.07.2007
Sitzungsbeginn:	19:35 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Herr Bernd Zink
Herr Werner Hesse
Herr Frank Hille
Herr Reinhard Kauk
Herr Winand Koch (bis 19.58 Uhr)
Frau Handan Özgüven (ab 19.39 Uhr)
Frau Ulrike Quirnbach (Vertreterin für Herrn Karlein)
Herr Nils Runge
Herr Klaus Ryborsch
Frau Ilona Schaub
Herr Manfred Thierau (von 19.38 Uhr bis 20.05 Uhr)

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Wolfgang Salzer

Vom Magistrat:

Herr Heinrich Reinhardt
Herr Manfred Vollmer

Schriftführer:

Herr Klaus-Peter Riedl

Entschuldigt fehlt:

Herr Tobias Karlein

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
Beschlüsse:
- 3 4. Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2007/0043
- 4 Antrag auf Befreiung von der Erhebungspflicht der Fehlbelegungsabgabe im
Wohnungswesen
Vorlage: FB3/2007/0008
Kenntnisnahmen:
- 5 Controlling/Berichtswesen zum 31.05.2007
Vorlage: FB1/2007/0042
- 6 Mitteilungen
- 7 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Inhalt der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Anträge liegen nicht vor.

Beschlüsse:

Zu 3 4. Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Stadtallendorf Vorlage: FB1/2007/0043

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Die Frage des Herrn StV Koch, warum auf Seite 6 (Anlage 2 Nr. 3.1 b) für Fremdenzimmer pro Bett keine Gebühr mehr anfällt, kann in der Sitzung nicht beantwortet werden. Hierzu folgt folgende

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Auskunft des Fachbereiches 3 sind Fremdenzimmer seit einer Änderung des Gaststättengesetzes nicht mehr erlaubnispflichtig, eine Verwaltungsgebühr entfällt somit.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte 4. Änderungssatzung zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Stadtallendorf sowie die geänderten Gebührensätze im Bereich der Staatlichen Aufgaben (Weisungsaufgaben), die aus der beigefügten Anlage zu entnehmen sind.

Abstimmungsergebnis: 9 dafür (5 CDU, 3 SPD, 1 REP)
1 Enthaltung (BB-FDP)

Zu 4 Antrag auf Befreiung von der Erhebungspflicht der Fehlbelegungsabgabe im Wohnungswesen
Vorlage: FB3/2007/0008

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Lt. Herrn Bgm. Vollmer hat sich die Wohnungssituation für die Stadtallendorfer Bevölkerung deutlich gebessert. Das Aufkommen der Fehlbelegungsabgabe ist stark rückläufig und der Aufwand zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Fehlbelegungsabgabe ist relativ hoch. Daher verbleibt „unter dem Strich“ nicht viel Aufkommen an Fehlbelegungsabgabe, das wohnungswirtschaftlich verwendet werden kann.

Die Frage des Herrn StV Hesse, ob die Stadt dadurch die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Wohnungsgestaltung in Stadtallendorf nicht aufgibt, wird von Herrn Bürgermeister Vollmer mit Hinweis auf das zurückgehende Gesamtaufkommen beantwortet, wonach 90 % des Aufkommens zu gering sind, um wirksamen Einfluss auf die Wohnungssituation nehmen zu können. Zudem ist die Situation auf dem Stadtallendorfer Wohnungsmarkt so, dass sich aufgrund des Überangebotes von Wohnungen die Wohnungsbaugesellschaften zunehmend von weniger attraktiven Wohnungen trennen bzw. dies beabsichtigen.

Beschlussvorschlag:

Beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ist ein Antrag auf Befreiung von der Erhebung der Ausgleichszahlungen nach den Vorschriften des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen, beginnend ab dem 01. Juli 2008, zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Kenntnisnahmen:

Zu 5 Controlling/Berichtswesen zum 31.05.2007
Vorlage: FB1/2007/0042

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Die Frage des Herrn StV Hesse, ob die in dem Produktbericht angegebene Einnahmesteigerung aufgrund von Endabrechnungen für 2006 zu quantifizieren ist, wird von Herrn Bürgermeister Vollmer verneint. Aktuell ist die Situation so, dass die veranlagten Gewerbesteuerforderungen noch rd. 5 Mio. € unter dem im Haushaltsplan 2007 veranschlagten Einnahmeansatz liegen.

Kenntnisnahme:

Das als Anlage beigefügte Berichtswesen zum 31.05.2007 wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 28 der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik ist die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Auf Vorschlag der Verwaltung haben Magistrat und Fachausschüsse beschlossen, aus Gründen der Effektivität und der zeitnahen informativen Berichterstattung ab dem Haushaltsjahr 2006 eine Vorlage mit den Stichtagen 31.05., 31.08. und einen vorläufigen Abschlussbericht mit Stand 31.12. vorzusehen.

Mit Einführung des doppelten Haushaltsplans muss auch das Berichtswesen inhaltlich angepasst werden. Das als Anlage beigefügte Berichtswesen beinhaltet neben dem Budgetbericht des jeweiligen Fachbereiches einzelne Budgetberichte von ausgewählten Produkten. Die Struktur des Berichtes ist an den Gesamt/-Teilergebnisplan des neuen doppelten Haushaltsplans angepasst worden. Weiterhin wird über die einzelnen Investitionen – soweit bei den Produkten vorhanden – berichtet. Erstmals werden im investiven Bereich der Produktberichte die Auftragssummen aufgrund von erteilten Aufträgen, die noch nicht verbucht sind, aufgeführt. Magistrat und Fachausschuss 1 erhalten darüber hinaus eine Finanzübersicht über alle Fachbereiche und eine Übersicht der Personalaufwendungen.

Da der Gesamt/-Teilergebnisplan mit dem bisherigen kameralen Verwaltungshaushalt vergleichbar ist, die einzelnen Ertrags- bzw. Aufwendungsarten jedoch andere Bezeichnungen haben, werden in der beigefügten Anlage nochmals Beispiele genannt.

Abstimmungsergebnis Zur Kenntnis genommen

Zu 6 Mitteilungen

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu 7 Verschiedenes

Herr StV Hille vermisst die Behandlung von Anträgen der Fraktionen in dem Fachausschuss zur Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung und sieht dazu ein Missverhältnis zwischen der Dauer der letzten Fachausschuss 1-Sitzungen und des ihm entstandenen Reisekostenaufwandes für die Sitzungen.

Herr StV Hesse sieht aus seiner Sicht aufgrund gewonnener Erfahrungen keine Notwendigkeit mehr, von seiner Fraktion gestellte Anträge zuvor in den Fachausschüssen zu behandeln, weshalb er die Behandlung von Anträgen auf die Stadtverordnetenversammlung verlagert sehen möchte.

Zur Sache spricht weiter Herr StV Runge, der mitteilt, dass er als Vorsitzender des Fachausschusses 3 die diesen Ausschuss betreffenden Anträge zur Beratung aufrief und aufruft, vermisst aber eine entsprechende Diskussion über diese

Anträge, weshalb er sich der Auffassung von Herrn StV Hesse durchaus anschließen kann. Ähnlich sieht es Herr StV Salzer, der ebenfalls eine offene und konstruktive Diskussion über Anträge vermisst, was bei einem anderen Verlauf auch dazu führen könnte, die Diskussionen in der Stadtverordnetenversammlung zu verkürzen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden sollte sich mit dieser Thematik der Ältestenrat befassen. Lt. Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang hat sich der Ältestenrat bereits damit befasst und festgelegt, dass sich die Fachausschüsse mit Anträgen der Fraktionen befassen sollen. Auch nach Auffassung von Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang hätte sich das Thema „Funktionsgebäude“ wegen der finanziellen Auswirkungen gut für eine Diskussion in der heutigen Fachausschuss 1-Sitzung geeignet.

Der Vorsitzende führt dazu aus, dass seiner Auffassung nach die Ausschussmitglieder unter TOP 2 durchaus das Wort und die Initiative hätten ergreifen können, denn der Aufruf des TOP 2 richtet sich nicht nur an die Vertreter der Verwaltung. Herr StV Zink sieht sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Fachausschusses 1 in seiner Sitzungsleitung kritisiert, was er zurückweist. Die Diskussionsteilnehmer teilen dem Vorsitzenden dazu jedoch mit, dass die Diskussion nicht gegen ihn als Vorsitzenden und Leiter der Fachausschuss 1-Sitzung gerichtet ist.

Als Ergebnis der Diskussion einigt sich der Fachausschuss 1 darauf, das Thema „Behandlung von gestellten Anträgen“ in der folgenden Ältestenratssitzung zu beraten.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Zink

Riedl